Einkommensverteilung in Deutschland

(Aporte del Ctdor RAUL IGNACIO PULS para el curso Alemán jurídico 2016)

DIE ZEIT <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-07/soziale-ungleichheit-deutschland>

**Das Märchen vom Märchen der Ungleichheit**

Stimmt alles gar nicht, in Deutschland geht es gar nicht so ungerecht zu, behaupten einige. Sechs Gründe, warum die wachsende Ungleichheit gelebte Realität ist

Ein Gastbeitrag von [**Marcel Fratzscher**](http://www.zeit.de/autoren/F/Marcel_Fratzscher/index)

Die Aussage, Deutschland sei eines der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt, ruft immer wieder erbitterten Widerstand hervor. Wir wollen offenbar kein extrem ungleiches Land sein. Aber ein ehrlicher Blick auf die Fakten zeigt, dass wir es trotzdem sind. Sechs Gründe, warum das Märchen von der Ungleichheit in Deutschland leider kein Märchen ist, sondern gelebte Realität.

**1. Wirklich sozial ist, was "gute Arbeit" schafft**

Der Arbeitsmarkt läuft gut, [viele zuvor Arbeitslose haben nun Jobs](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-04/bundesagentur-arbeit-arbeitslosenzahlen-abnahme%22%20%5Ct%20%22_blank). Vermehrt kommen auch Ältere und Frauen wieder in Arbeit, meist aber zu einem schlechteren Gehalt. Für manche Ökonomen ist das ein Grund für die steigende Ungleichheit. Sie steige quasi automatisch und aus "gutem Grund", denn ein schlecht bezahlter Job sei besser als gar keiner. Das mag stimmen. Die Erwerbsquote steigt, und das ist positiv. Weder gut noch richtig ist hingegen, dass damit quasi automatisch die Ungleichheit steigen muss. Denn es gibt kein Naturgesetz, das vorschreibt, Frauen und Alte müssen in schlechter bezahlten Berufen landen. Deutschland hat in Europa zudem mit 22 Prozent einen der höchsten [Gender Pay Gaps](http://www.zeit.de/karriere/2016-03/gender-pay-gap-frauen-maenner-gehalt-unterschiede-studie) aller westlichen Industrieländer. Würden wir es schaffen, Frauen und Alte in bessere Arbeit zu bringen, dann würde die Ungleichheit nicht steigen, sondern sinken.

**MARCEL FRATZSCHER**

leitet das [Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung](http://www.diw.de/) und ist Professor an der Humboldt-Universität in Berlin. Von 2001 bis 2012 war Fratzscher für die Europäische Zentralbank (EZB) tätig, zuletzt als Leiter der Abteilung International Policy Analysis (Internationale wirtschaftspolitische Analysen).

Kurzum, das Mantra sollte nicht heißen "Sozial ist, was Arbeit schafft," sondern "Sozial ist, was GUTE Arbeit schafft". Es muss Anspruch einer dynamischen, sozialen Marktwirtschaft sein, den Anteil an Jobs im Niedriglohnsektor und in prekären Verhältnissen zu senken – im Vergleich zu dem, was in Deutschland Normalität geworden ist.

**2. Die Ungleichheit ist in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen**

Die Ungleichheit der Einkommen ist leicht gefallen, argumentieren einige Ökonomen. Nur ist diese Aussage in den meisten Fällen falsch. Sie trifft dann zu, wenn man die Entwicklung der Markteinkommen zwischen 2005 und 2013 vergleicht. Und auch nur dann, wenn man zwei bestimmte Personengruppen betrachtet: die sozialversicherungspflichtig, abhängig Vollzeit-Beschäftigen und die Arbeitslosen. Wenn man also Menschen, die durchgehend beschäftigt waren, mit Menschen vergleicht, die vorher gar keinen Job hatten und nun einen Vollzeitjob haben. Das Bild ändert sich grundlegend, wenn man auch die steigende Anzahl von Bürgern in prekärer oder [Teilzeit-Beschäftigung](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2016-03/teilzeitarbeit-muetter-kuendigung-personalmanager%22%20%5Ct%20%22_blank) oder Selbstständige und Beamte berücksichtigt. Dann ist die Ungleichheit nicht gesunken.

Schaut man sich unter diesem Gesichtspunkt die vergangenen 70 Jahre an, dann ist die Einkommensungleichheit in Deutschland sogar stark gestiegen ist. Bei den unter 40-Jährigen ist sie heute doppelt so groß wie in den 1970er Jahren.

Aber selbst wenn man eine kurzfristige Perspektive einnimmt: Ist es wirklich ein Erfolg, dass seit dem historischen Höhepunkt im Jahr 2005 die Ungleichheit der Einkommen nicht weiter gestiegen ist? Ist eine hohe Ungleichheit wirklich kein Problem mehr, wenn sie nicht noch weiter steigt? Zumal im gleichen Zeitraum die Beschäftigung stark gestiegen ist. Bei einer weniger ungleichen Lohndynamik und einem höheren Anteil an guten Jobs hätte die Ungleichheit deutlich sinken müssen.

**3. Der größte Teil des Wirtschaftswachstums kommt den Eigentümern von Unternehmen und Kapital zugute**

Das Arbeitseinkommen aller Arbeitnehmer ist seit 2000 um fünf Prozent gestiegen, das Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit um 30 Prozent. Das [Wirtschaftswachstum](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-07/brexit-folgen-euro-zone-finanzminister-einbruch-wirtschaftswachstum%22%20%5Ct%20%22_blank) ist demnach fast ausschließlich den Eigentümern von Unternehmen und Vermögen zugute gekommen. Auch hier zeigt sich die wachsende Ungleichheit. Sichtbar wird sie aber nur, wenn Kapitaleinkommen mit in die Betrachtung einfließen, was oft nicht geschieht.

**4. Chancengleichheit und soziale Mobilität verbessern sich nicht, sondern sinken zum Teil**

Wie gerecht die Chancen in einer Gesellschaft verteilt und wie zufrieden die Bürger sind, hängt vor allem vom Einkommen ab, das ein Mensch durch seiner eigenen Hände Arbeit erzielen kann. Und nicht von den staatlich gezahlten Transferleistungen. Werden nur diese Markteinkommen verglichen, gehört Deutschland international zu den ungerechtesten Industrieländern. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Ungleichheit noch mal deutlich gestiegen.

Zu Hinterfragen ist auch, ob eine hohe Umverteilung ein Zeichen für eine gut funktionierende Marktwirtschaft ist. Wäre es nicht viel besser, wenn jeder Einzelne mehr Einkommen erzielen würde und der Staat deswegen weniger umverteilen müsste? In Deutschland sind immer mehr Menschen ganz oder teilweise vom Staat abhängig. In Ostdeutschland erhalten beispielsweise knapp 40 Prozent aller Haushalte mindestens die Hälfte ihres Einkommens über staatliche Transferleistungen. Warum das ein Zeichen für eine gut funktionierende Marktwirtschaft sein soll, ist nur schwer zu verstehen.

**5. Deutschland hat die höchste Ungleichheit bei privaten Vermögen in der Eurozone**

Viele Ökonomen konzentrieren sich auf die Ungleichheit der Einkommen und vernachlässigen die Vermögen. Dabei hat Deutschland die höchste Vermögensungleichheit in der [Eurozone](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-02/europa-konjunktur-china%22%20%5Ct%20%22_blank). Den reichsten zehn Prozent gehören fast zwei Drittel des gesamten Privatvermögens. Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung verfügen praktisch über kein Nettovermögen – deutlich weniger als in fast allen anderen Ländern der Eurozone. Der Vermögensanteil der unteren 50 Prozent ist von drei Prozent in der 1990er Jahren auf ein Prozent gefallen. Internationale Vergleiche werden gern mit dem Verweis auf die gute soziale Absicherung und die Rentenanwartschaften in Deutschland infrage gestellt. Dies ist jedoch eine Illusion, denn gerade die Menschen mit geringem Einkommen haben im internationalen Vergleich relativ geringe Rentenanwartschaften.

**6. Die Art der Bildungsausgaben dämpfen die Ungleichheit nicht**

Deutschland, so heißt es, habe ein gutes Bildungssystem, das die Ungleichheit dämpfe. Ist das so? Im aktuellen Bildungsbericht werden gerade die schlechten Bildungschancen der unteren Gesellschaftsschichten und die geringe soziale Mobilität kritisiert. Im internationalen Vergleich gibt Deutschland verhältnismäßig wenig für die frühkindliche Bildung aus, von der [benachteiligte Kinder](http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-04/kinder-soziale-ungleichheit-in-industriestaaten-unicef-bericht%22%20%5Ct%20%22_blank) – kämen sie in deren Genuss – besonders profitieren würden. Die Autoren des Berichts fordern mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für frühkindliche Bildung, Ausbildung. Relativ viel investieren wir hingegen in den tertiären Bereich wie Universitäten. Davon profitieren aber vor allem Kinder aus der Oberschicht, denn während etwa 70 Prozent der Akademikerkinder an die Uni gehen, sind es von den Arbeiterkindern nur 20 Prozent. Zudem werden heute 20 Prozent der Bildungsausgaben privat geleistet – und auch hier überwiegend von den Bessergestellten.